

In der westsibirischen Stahlstadt Kurgan kann sich kaum jemand für das demokratische Russland begeistern. Der Lebensstandard sinkt, die Korruption wächst. Die meisten Menschen sind arm und leben von der Hand in den Mund.

Leben auf dem Abstellgleis: In Sibirien hat man die Hoffnung auf bessere Zeiten aufgegeben

Menschen haben genug von fruchtlosen Reformen – Sehnsucht nach kommunistischer Vergangenheit

Die Jubelarien sind ausgeblieben. Und die Zahl derer, die mit einem Glas Wodka auf Wladimir Putin angestoßen hat, hielt sich in Grenzen. Fünf Jahre ist es her, dass Putin Boris Jelzin als Präsident der Russischen Föderation abgelöst hat. Für die Menschen in Sibirien waren es fünf Jahre, in denen ihre Hoffnung auf ein besseres Leben immer mehr erloschen ist.

VON JÜRGEN KNAPPENBERGER
zurzeit Kurgan

Immerhin: Der Rubel rollt noch. Zumindest an dem Stand neben der großen Leninstatue im Zentrum Kurgans. In einer langen Schlange stehen die Leute an. Das wäre nicht verwunderlich – wenn es kein Eisstand wäre, der hier mitten in Westsibirien steht. Zumindest für den Verkäufer liegen die Vorzüge auf der Hand: Bei minus 25 Grad muss er sich um die Kühlung seiner Ware keine Gedanken machen.

Trotz solch seltsamer Sitten und der arktischen Temperaturen: Der Kulturschock bleibt aus. Wie am Ende der Welt fühlt sich der Besucher auch nicht, hier, auf halber Strecke zwischen Jekaterinburg und Nowosibirsk. Zwar bestimmen hässliche Industrieanlagen und Plattenbauten das Bild. Doch schon wenige Meter außerhalb der Stadtgrenzen wird er durch dichte Birkenwälder, zugefrorene Seen und tief verschneite Felder entschädigt.

Wie in vielen Städten Westsibiriens begann auch in Kurgan die Blütezeit nach dem Zweiten Weltkrieg, weil Stalin ein paar Jahre zuvor seine Waffenindustrie hinter den Ural verlegt hat – aus Furcht vor den Deutschen. Doch der Glanz von einst ist längst verblasst. Mittlerweile steht Kurgan auf dem Abstellgleis – im wahrsten Sinne des Wortes. Während in der 400 000-Einwohner-Stadt noch vor ein paar Jahren die Transsibirische Eisenbahn ständig Halt gemacht hat, liegt Kurgan mittlerweile nur noch an einer Nebenstrecke. Der Zug aus Moskau endet irgendwo im nahen Kasachstan. Die Transib fährt nun auf einer neuen Route, 250 Kilometer nördlich.

Ins Abseits manövriert fühlen sich auch die meisten Menschen. Dass sie die Nase voll haben von Reformen und Demokratie, hat einen einfachen Grund: Sie haben nie grundlegende Reformen und richtige Demokratie kennen gelernt – sondern nur das, was ihnen Moskau als solche verkauft hat. Stattdessen sinkt der Lebensstandard und die Korruption wächst. Profitiert hat von Glasnost und Perestrojka nur der kleine Teil, der es meist

Alles ist erhältlich – es ist nur eine Frage des Preises

mit dem Gesetz nicht so genau nahm. Kein Wunder, dass die Privatisierung des Staatseigentums im Volksmund Piratisierung genannt wird. Dem Vergleich mit der kommunistischen Vergangenheit kann die Gegenwart deshalb oft nicht standhalten. „Als Leonid Breschnew Präsident war, war das Leben am schönsten“, beteuern die meisten.

Solche Aussagen wundern Grigorij Melechow nicht: „Damals war eben der Arbeitsplatz sicher, und die Löhne wurden immer ausbezahlt.“ Bis 1985 haben 15 000 Mitarbeiter in dem Werk, in dem er angestellt ist, im



Facharbeiter Melechow (li.) hat noch einen Job im Stahlwerk; andere versuchen als Kleinhändler ein paar Rubel zu verdienen



Fotos: Knappenberg

Dreischichtbetrieb Amphibienfahrzeuge hergestellt. Mittlerweile wurde die Hälfte entlassen, andere sind von selbst gegangen, weil sie es leid waren, monatlang auf ihren Lohn zu warten. Geblieben sind 3500, gearbeitet wird nur noch in einer Schicht. Dass unter Putin die Löhne in staatlichen Firmen regelmäßiger bezahlt werden, bringt Melechow und seinen Kollegen wenig. Ihr Werk wurde privatisiert – gegen den Willen der Belegschaft.

„Ich habe Kollegen, die noch zwölf Monatslöhne ausstehen haben“, erzählt Melechow. Bei ihm sind es ein paar Monate weniger. Sein Glück: Der Betrieb ist auf sein Fachwissen angewiesen. Auch sonst geht es ihm ein klein wenig besser als vielen anderen – weil der Stahlarbeiter zum Mittelstand gehört. Eine Spezies, die hier vom Aussterben bedroht ist. „Früher gehörte fast jeder dem Mittelstand an, darüber hinaus gab es noch ein paar arme Leute. Jetzt gibt es zehn Prozent Reiche, der Rest ist arm“, erzählt der 48-Jährige. Sichtbares Zeichen der steigenden Arbeitslosigkeit und wachsenden Armut sind die privaten Händler, die seit den 90er Jahren die Straßen bevölkern und verzweifelt versuchen, mit dem Weiterverkauf von billig erworbener Kleidung oder eingeletem Gemüse ein paar Rubel zu verdienen.

Die Situation der Menschen steht in krassem Widerspruch zu einer anderen Entwick-

lung. Denn mittlerweile kann man selbst hier in Kurgan, das von Moskau fast genauso weit entfernt liegt wie Stuttgart, die Vorzüge von Perestrojka und Glasnost an allen Ecken sehen. Es gibt einige moderne Supermärkte und Einkaufszentren. Wenn sich ein Deutscher einmal in diese Gegend verirrt, muss er nichts missen: deutsche Tiefkühlpizza, deutsches Bier, Bosch-Kühlschrank und Siemens-Handy – alles ist erhältlich. Es ist nur eine Frage des Preises.

Genau das ist das Problem. „In Wirklichkeit sind wir genauso gefangen und eingeschränkt wie früher“, klagt Natascha

Wodka ist ein Mittel, um der Tristesse zu entfliehen

Iwanowa. Was bringe schließlich die Möglichkeit, in ein fremdes Land zu reisen oder überall Westprodukte kaufen zu können, wenn es sich fast niemand leisten kann? Mit ihren 2000 Rubel Monatsgehalt (ungefähr 55 Euro) kommt die Lehrerin gerade so über die Runden. Die modernen Supermärkte wie das Metropolis am Stadtrand sind zwar in den Abendstunden und an den Wochenenden so voll, dass man kaum einen leeren Einkaufswagen ergattern kann. Doch wer genau hinschaut, merkt, dass der Schein trügt. Die meisten Wagen werden fast leer durch die

einladenden Gänge geschoben. Gekauft wird oft nur das, was nach wie vor erschwinglich ist: Grundnahrungsmittel wie Brot und Milch. Der Rest bleibt in den Regalen stehen. „Ich komme hierher, um zu schauen. Für mehr reicht mein Geld nicht“, gesteht Iwanowa. „Früher waren die Regale zwar leer, aber das war kein Problem. Da habe ich meine Sachen eben auf dem Schwarzmarkt gekauft“, erzählt Melechow. Verkehrte Welt.

Hoffnung, dass doch noch irgendwann bessere Zeiten anbrechen, hat fast niemand. Putin ist für das Volk nur das kleinere Übel. „Wenigstens säuft er nicht“, sagen die Russen. Im Gegensatz zu dessen Vorgänger Boris Jelzin, der sich in jungen Jahren den Spitznamen „Doppellauf-Flinte aus dem Ural“ erworben hatte – weil er zwei Flaschen Wodka gleichzeitig in den Mund nehmen und in einem Zug leeren konnte.

Mit seinen Alkoholeskapaden hat Jelzin auch noch den Stolz der Russen verletzt – sie haben sich für ihren Präsidenten geschämt. Das Paradoxe daran: Der Griff zur Wodkaflasche ist nichts Ungewöhnliches. Außerer Indiz: Selbst das kleinste 24-Stunden-Geschäft, das es auch in den Wohngebieten an jeder Ecke gibt, hat mindestens 40 Sorten Wodka im Sortiment. Das Nationalgetränk ist für viele das einzige Mittel, dem tristen Alltag in Kurgan zu entkommen.

Folterer Graner zeigt keine Reue

Zehn Jahre Haft für US-Soldaten

Fort Hood – Was geht in einem Menschen vor, der irakische Häftlinge gequält und dabei in die Kamera gegrint hat? Bereut der zu zehn Jahren Haft verurteilte US-Soldat seine Taten? „Es herrscht Krieg – da passieren schlimme Sachen“, antwortete Charles Graner, den keinerlei Selbstzweifel plagten.

VON TOM BADGER

Als er nach Verkündung des Urteils in Handschellen abgeführt wird, lächelt der Unteroffizier leicht verkniffen in die Kameras und betont, dass er nichts zu bereuen habe. Im Gefängnis Abu Ghraib bei Bagdad stellte Graner Häftlinge nackt zu Pyramiden auf. Er schlug einem Mann mit der Faust gegen den Kopf und hieb einen verletzten Häftling mit einem Metallstab.

Die Armeeführung sieht in ihm den Rädelführer der Abu-Ghraib-Affäre. Der 36-Jährige beteuerte immer wieder, dass er nur Befehle befolgt habe, dass es darum gegangen sei, die Gefangenen systematisch für ihre Verhöre gefügig zu machen. Diese Befehle seien von Mitarbeitern des Geheimdiensts erteilt worden, die die Gefangenen zu verhören hatten, sagte Graner.

Erst habe er dem Druck widerstanden, die Gefangenen zu misshandeln, so Graner. Aber seine Vorgesetzten hätten ihm klar gemacht, dass von ihm erwartet werde, den Anweisungen zu folgen. „Sie haben die Verantwortung, befolgen Sie Ihre Befehle“, habe ihm ein Leutnant über die Geheimdienstmitarbeiter gesagt.

Vor der Urteilsverlesung umarmte Graner seine Mutter Irma und drückte seinem Vater Charles die Hand. Danach wurde er abgeführt. „Er ist nicht das Monster, das aus ihm gemacht wurde. In meinen Augen wird er immer ein Held bleiben“, sagte Irma Graner. Verteidiger Guy Womack erklärte, dass sein Mandant mit sechs weiteren Wachleuten in Abu Ghraib zum Sündenbock gemacht worden sei.

Als Vertreter der Anklage sagte Major Michael Holley, Graner sei eine Schande für die Streitkräfte, und forderte die Höchststrafe. Der zweite Ankläger, Hauptmann Chris Graveline, stellte Graner als Sadisten dar, der sich am Leiden der Häftlinge gelabt habe. „Dafür gibt es keine Rechtfertigung.“

Die wirklich Verantwortlichen blieben nicht nur nach Ansicht der Anwälte Graners unbehehligt. Dabei geht es nicht nur um höhere US-Offiziere, die Graner namentlich nannte und beschuldigte, die Gräueltaten initiiert zu haben. Vor allem die politische Führung in Washington, die sich über die Skandalfotos aus Abu Ghraib „entsetzt und geschockt“ gezeigt hatte, wäscht ihre Hände in Unschuld.



Verurteilt: Graner AP

Ungewohnte Rolle: Bischöfe als harte Sanierer

Weniger Kindergärten, Jobs und Pfarreien – Deutschlands Katholische Kirche muss rigoros sparen

Stuttgart/Essen – Als Felix Genn am 6. Juli 2003 sein Amt als neuer Bischof von Essen antrat, konnte er nur ahnen, was ihn erwartete. Kirchen, die immer leerer, Priester, die immer älter, und Gläubige, die immer resignierter werden, gibt es ausnahmslos in allen 27 deutschen Diözesen.

VON MARKUS BRAUER

Doch eine derart desolante Finanzsituation wie im Ruhrbistum ist in Deutschlands Katholischer Kirche beispiellos. „Wir haben in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht, dass das Kleid, das wir tragen, zu groß ist“, sagte der 56-Jährige bei der Präsentation des Haushalts für die nächsten Jahre.

Wäre das Bistum an Rhein und Ruhr ein Unternehmen, drohte nun Besuch vom Insolvenzverwalter. Bis 2009 plant Genn den Jahresetat seiner Diözese um 30 Prozent auf rund 150 Millionen Euro zu senken. „Jeder zweite der derzeit rund 2000 Arbeitsplätze im Ruhrbistum wird gestrichen“, verkündete der Generalvikar und oberste Finanzverwalter Hans-Werner Thönnies.

Die 263 Pfarreien sollen zu 35 Kirchengemeinden zusammengelegt und fast jede dritte der 375 Kindertagesstätten soll geschlossen werden. Auch betriebsbedingte Kündigungen sind kein Tabu mehr. „Das Ruhrbistum hat seit seiner Gründung vor knapp 50 Jahren ein Drittel seiner Mitglieder verloren“, begründete Genn die bundesweit beispiellose Neustrukturierung. Jedes Jahr gebe es rund 18 000 weitere Austritte. „Von den verbliebenen knapp eine Million Mitgliedern gehen nur noch zehn bis 15 Prozent regelmäßig zur Kirche.“

Die darbedende Kirchenprovinz zwischen Ruhrgebiet und Sauerland lebt zudem auf Pump. Nach Bistumsangaben kann der 221-Millionen-Euro-Etat nur mit Hilfe eines



Verkünder des Wortes, Verwalter des Geldes: Bischöfe in Fulda Foto: dpa

45-Millionen-Euro-Kredits finanziert werden. „Wir dürfen die kommende Generation nicht mit einer Struktur belasten, die unbezahlbar wird“, schreibt Thönnies an die kirchlichen Beschäftigten. „Keiner weiß, wie es weitergeht“, meint ein verunsicherter Mitarbeiter der bischöflichen Verwaltung. „Viele bangen um ihren Job.“

Harter Sparkurs, Kündigungen, Lohn-einbußen, Baustopp – das Schreckensszenario gleicht sich, wenn es auch Unterschiede in den Diözesen gibt – je nach Finanzlage. Die Ursachen sind jedoch überall gleich: Mitgliederschwund und Überalterung, sinkende Kirchensteuereinnahmen und Steuerreform bringen Katholiken und Protestanten gleichermaßen in Nöte. Wohin man auch schaut, herrscht Ebbe in

den Klingelbeuteln. Das Bistum Aachen will seinen Mitarbeitern das Gehalt um 17 Prozent kürzen; 370 Stellen sollen bis 2008 gestrichen werden. Das Erzbistum Berlin lebt von der Hand in den Mund. Im Ostteil der Erzdiözese gingen die Einnahmen 2003 gegenüber dem Vorjahr um 70 Prozent zurück, die Zahl der Katholiken sank von knapp 152 000 auf 70 000. Im Erzbistum Hamburg wird bis 2006 jede fünfte Vollzeitstelle wegfallen. Das Bistum Limburg will sich von 25 Prozent seiner Immobilien trennen. Häufig trifft der rigorose Sparkurs künftige Kirchensteuerzahler – die Kinder. So will allein das Bistum Münster 7000 Kindergartenplätze streichen. In Essen fallen von 375 Kindertageseinrichtungen 100 weg. Besserung ist nicht in Sicht. 2004 sanken

die Kirchensteuereinnahmen, die zwischen 70 und 80 Prozent der Einnahmen einer Diözese ausmachen, nach vorläufigen Berechnungen bundesweit um acht Prozent. Für 2005 erwarten die Kirchenkammerer einen Rückgang von zehn Prozent. An dieser finanziellen Malaise soll sich auch in den nächsten zwei, drei Jahrzehnten wenig ändern.

Bei der Bewältigung der Finanzkrise greifen Deutschlands Oberhirten notgedrungen auf von kirchlicher Seite oft kritisierte Rezepte aus der Wirtschaft zurück: eiserner Sparkurs, rigoroser Stellenabbau, Schließung von Einrichtungen. Zwar beteuern die Verantwortlichen wie Bischof Genn, „mit der Situation so umzugehen, wie wir es bei anderen immer eingefordert haben“. Doch längst bestimmt der Rotstift das kirchliche Handeln. „Eins ist klar“, betont die Sprecherin der Deutschen Bischofskonferenz, Martina Höhns, „eine Versorgung an Kindergärten, Altenheimen, Schulen und Krankenhäusern in kirchlicher Trägerschaft in dem Umfang wie bisher wird es in Zukunft aller Voraussicht nach nicht mehr überall geben.“

Doch nicht überall muss jeder Euro zweimal umgedreht werden. Die Haushalte etwa von München-Freising, Regensburg, Mainz, Freiburg oder Rottenburg-Stuttgart stehen auf recht solidem Fundament – dank vorausschauender Finanzplanung, wie in den beiden Südwest-Diözesen. Doch selbst das Erzbistum Köln, das weltweit als finanzstärkste Kirchenprovinz gilt, muss sparen und seinen Megaetat (2005: rund 680 Millionen Euro) bis 2007 um rund 90 Millionen Euro reduzieren.

Die Zeit voller Kassen, Kirchen und Konvikte gehört in Deutschland der Vergangenheit an. „Eine Sozialgestalt von Kirche“, so Felix Genn, „geht nicht zu Ende. Sie ist am Ende.“ Selten hörte sich das Urteil eines Bischofs über seine Kirche schonungsloser an.